wieder rückgängig machen zu können, eitel Hirngespinnst seien, und die Wiedererrichtung des Kaiserthums reifte in ihm den Entschluß, das mächtig erwachte und erstarkte Nationalgefühl durch romantische Erinnerungen an das alte Reich gefangen zu nehmen, den neuen deutschen Kaiser mit dem Amte eines Schirmherrn der Christenheit zu verlocken, um aus dem neuen Reiche den Vollstrecker der Wünsche der römischen Curie zu machen. Bald genug mußte er seinen Irrthum erkennen. Aber die Enttäuschung lähmte ihn nicht, sie feuerte ihn an. Da das Reich sich der Curie nicht beugte, so sollte es, sollte vor Allem Preußen vernichtet werden. Die eigentliche Seele des seitdem entbrannten Kampfes der Kirche wider den Staat in Deutschland war kein Anderer als Ketteler. Mitten in diesem Kampfe ist er zusammengebrochen. Trauern werden um ihn, die, seine Genossen im Kampfe, seinen Befehlen zu folgen gewohnt waren; uns Anderen sei es gestattet, an seinem Grabe des Feindes zu vergessen und anzuerkennen, daß er der Sache, der er sein Leben geweiht, mit ganzer Seele gedient hat.

Ueber den Gang seines Lebens und Wirkens sei noch Folgendes mitgetheilt. Wilhelm Emanuel v. Ketteler, geboren am 25. December 1811 zu Münster, wurde in der Jesuitenanstalt zu Brieg in der Schweiz erzogen, studirte in Göttingen, Berlin, Heidelberg und München die Rechte und war 1834—38 Referendar in Münster. In Folge des Kölner Bischofsstreites verließ er den Staatsdienst, studirte Theologie, erhielt 1844 die Priesterweihe und 1846 eine katholische Pfarrei zu Hopsten in Westfalen. 1848 zur deutschen Nationalversammlung erwählt, erregte er Aufsehen durch seine Rede am Grabe des ermordeten Fürsten Lichnowski. 1849 wurde er Probst an der Hedwigskirche in Berlin, und schon im Juli 1850 ward er durch den Papst auf den Bischofssitz nach Mainz berufen. Sein erster Hirtenbrief richtete sich gegen die Lehre Ronge's, und von da war er ununterbrochen bestrebt, in der Kirche den papistisch-jesuitischen Geist zur unbedingten Herrschaft zu bringen. Durch Erziehungsinstitute suchte er in demselben Geist auf die Jugend und durch klösterliche Institute und Vereine auf die katholische Bevölkerung im Allgemeinen zu wirken. Gegen die rechtlichen Zustände der oberrheinischen Kirchenprovinz veröffentlichte er erfolgreich seine Schrift: „Das Recht und der Rechtsschutz der katholischen Kirche in Deutschland", richtete im Verein mit den übrigen Bischöfen der Provinz 1851 und 1853 Denkschriften an die Regierungen und erlangte in einer geheimen Convention vom 23. August 1854 die weitgehendsten Zugeständnisse in seinem Sinne. Erzbischof von Freiburg zu werden und so an die Spitze der oberrheinischen Regierung zu kommen, gelang ihm indessen nicht. Auf die Arbeiterkreise suchte er in demselben Sinne zu wirken, indem er in seiner „Arbeiterfrage und das Christenthum" die Kirche als einzigen Rettungsanker gegen das Capital pries. Die Opposition gegen die Ausnahmestellung des Bischofs zwang endlich den Minister Dalwigk 1862, jene Convention, jedoch ohne den Nachtrag, zu veröffentlichen und sie aufzuheben. In die Wendung von 1866 fügte er sich („Deutschland nach dem Kriege von 1866"), wenn auch ungern. Später übernahm er die Führerschaft der Ultramontanen im Reiche und gegen die preußischen Kirchengesetze. 1871 zum Reichstagsmitgliede erwählt, wurde er Führer des Centrums, legte aber das Mandat bald nieder. Er betheiligte sich auch an allen Versammlungen der preußischen Bischöfe in Fulda. 1874 unterstützte er in seiner Diöcese die Feier des Sedantages. Sein Jubiläum 1875 wurde zu einer großen ultramontanen Demonstration. Gegen die Einführung der den preußischen nachgebildeten Kirchengesetze protestirte er am 24. September 1874, selbstverständlich erfolglos. Die zahlreichen Schriften, mit denen er seine Fehden führte, sind noch lebhaft im Gedächtniß der Zeitgenossen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 14. Juli.

In **Berlin** hat am Donnerstag Abend im Saale des Handwerkervereins eine „öffentliche Versammlung aller Interessenten für freie Pflege der Wissenschaft" stattgefunden. Die Versammlung war von circa 2000 Personen besucht, die zu etwa einem Drittel aus Studenten, im Uebrigen aus Leuten von allerlei Ständen, sehr stark mit socialdemokratischen Elementen versetzt, bestanden. Auch einige Damen bemerkte man in dem Gedränge. Ein unbekannter Herr, den man später als den stud. jur. Viereck bezeichnete, eröffnete die Versammlung mit der Aufforderung, das aus fünf Personen bestehende Comité, welches die heutige Besprechung veranlaßte, mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen, was auch geschah, nachdem der Vorsitzende den Einwurf, das Comité möge zunächst seine Stellung zu dem Conflict innerhalb der philosophischen Facultät der Universität näher präcisiren, mit der Erklärung beseitigt hatte, das gehöre nicht zur Sache. — Ueber den ersten Theil der Tagesordnung: „Die Ausstoßung Dühring's", referirte sodann der Bauführer Gütler; er recapitulirte den schon vielfach eingehend besprochenen Streit zwischen Dr. Dühring und der philosophischen Facultät der Berliner Universität und knüpfte daran eine ziemlich abfällige Kritik des Verhaltens der meisten Berliner Zeitungen, welche die für Dr. Dühring ungünstigen Artikel direct von der Facultät durch die Professoren Harms und Mommsen zugeschickt erhalten hätten. Das Verfahren gegen Dühring, das binnen drei Tagen eingeleitet wurde, zeige allerdings einen außerordentlich schnellen Geschäftsgang in unserem „Rechtsstaat" (großer Beifall) und doch habe der Senat nicht weiter gethan, als eine durchaus berechtigte Kritik der an der Berliner und an anderen Universitäten bestehenden Mißstände und in einer Weise gegeben, wie sie bisher niemals Anlaß zu einem Einschreiten bot. Der Referent ließ sich ferner sehr weitläufig über die geistige Capacität Dr. Dühring's aus, erinnerte an die Hindernisse, die demselben in den Weg gelegt seien und die sich sogar bis zu dem Vorwurfe der socialdemokratischen Agitation zuspitzten, und gelangte endlich zu dem Schlusse, daß Dr. Dühring ein Opfer der Mißstände an der Berliner Universität geworden sei, nicht der Art seiner Kritik; daß er andere Götter, daß er nicht Helmholtz, sondern Meyer lehrte, darum sei er geächtet worden. Lebhafter Beifall begleitete und beschloß die einleitende Ansprache. Nächstdem sprach der Beauftragte einer Leipziger Studenten-Deputation, welcher den Gruß seiner Commilitonen überbrachte und den Vorwurf zurückwies, als sei die zu Gunsten Dühring's eingeleitete Bewegung auf eine socialdemokratische Agitation zurückzuleiten. Jetzt komme es darauf an, das schnelle Wort der Jugend (Sehr richtig: schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort!) in eine ebenso rasche That umzusetzen, was die Herren da oben vielleicht nicht erwarten. — Die an das Referat sich anschließende Discussion brachte neue Gesichtspuncte nicht zu Tage, sie lehnte sich vielmehr eng an die genugsam bekannte Polemik in den Zeitungen ꝛc. an, und während diejenigen Redner, welche für das vermeintliche Recht des Renommirten eintraten, lebhaften Beifall fanden, wurden die Gegner, welche die vorliegende Angelegenheit als keine Frage der Freiheit der Wissenschaft, sondern als eine reine Anstandsfrage behandelt wissen wollten, da jede Corporation das Recht habe, solche Mitglieder von sich abzuscheiden, welche in ihren Ansichten über das Schickliche der Allgemeinheit stricte entgegen stehen, mehrfach durch Schlußrufe und Unwillensäußerungen unterbrochen. Schließlich gelangte nachstehende Resolution mit großer Majorität zur Annahme: „Die heute im Saale des Handwerkervereins tagende Versammlung von Interessenten der freien Pflege der Wissenschaft erklärt hiermit auf Grund der Artikel 20 und 27 der Verfassung, daß sie in der auf Antrag der philosophischen Facultät in Berlin erfolgten Remotion des Privatdocenten Dr. Dühring eine Verletzung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre erblickt und spricht sie sich entschieden gegen das Vorgehen der Facultät aus." — Ferner wurde über die Gründung eines Vereins für freie Pflege der Wissenschaft discutirt und die ziemlich zahlreiche Meldung von Mitgliedern zu demselben entgegengenommen.

Aus **Hamburg** wird berichtet: Bekanntlich ist hier vor einiger Zeit ein „liberaler Wahlverein" gegründet worden, mit dessen definitiver Constituirung und leistungsfähiger Organisation es zwar noch stark hapert, der aber ohne Zweifel in den nächsten Wahlkämpfen eine bedeutende Rolle spielen wird, schon durch das bloße Schwergewicht der ca. 11,000 Mitglieder, die ihm zur Zeit nominell angehören. Seine Spitze will der Verein gegen die Socialdemokratie richten. Nun fürchtet aber der seit einigen Jahren bestehende „Ortsverein selbstständiger Handwerker", in Wahrheit werde das Streben des neuen Vereins dahin gerichtet sein, auch im zweiten hamburgischen Reichstagswahlkreise schlechthin einen „Liberalen" durchzubringen, während derselbe seit 1874 durch einen Vertreter der Gewerbepartei (zuerst Ed. Schmidt, jetzt Bauer) repräsentirt wird. Es scheint allerdings, als ob es in den leitenden Kreisen des Wahlvereins wenigstens nicht ganz an Solchen fehle, welche eine derartige Tendenz verfolgen, und es mag ja auch wohl sein, daß seitens einzelner Mitglieder der Gewerbepartei zu solcher Gegenwehr gegen eine Hervorkehrung unzeitgemäßer Standpuncte Anlaß gegeben worden ist. Immerhin würde es bedauerlich sein, wenn sich aus derartigen beiderseitigen Befürchtungen ein Conflict zwischen der liberalen und der Gewerbepartei entwickeln und das jetzt in der hiesigen Presse begonnene Geplänkel zu etwas Anderem führen sollte, als zu einer friedlichen, die Standpuncte und Interessen beider Parteien berücksichtigenden Auseinandersetzung. In diesem Sinne müssen wir wünschen, daß man der Gewerbepartei ihren Reichstagssitz lasse, und zwar aus folgenden Gründen. Daß die Bestrebungen dieser Partei viel Berechtigtes enthalten, kann ja von der liberalen Partei selbst nicht in Abrede gestellt werden, ist vielmehr in neuester Zeit mehrfach von ihr anerkannt worden. Sind aber berechtigte Interessen und Ziele vorhanden, so kann man nur wünschen, daß dieselben auch ihren legitimen Ausdruck finden, und es ist daher nur freudig zu begrüßen, daß der hiesige Gewerbestand eine lebenskräftige, auch nach Außen hin wirksame Organisation besitzt, während es unmöglich zu gutem Ende führen könnte, das Wenige, was bis jetzt von solchen Organisationen des Gewerbestandes vorhanden ist, in eine verbissene, impotente Opposition gedrängt zu sehen. Sodann kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die hiesige Gewerbepartei sich ihren Reichstagssitz redlich verdient hat; es ist mehr als nur wahrscheinlich, daß es nur ihren außerordentlichen Anstrengungen zuzuschreiben ist, wenn der zweite Hamburger Wahlbezirk nicht den Socialdemokraten zufiel. Endlich wird kein Billigdenkender bestreiten, daß es dem Gewerbestande ein peinliches Gefühl erwecken muß, im Reichstage so gut wie unvertreten zu sein, und daß daher ein Verfagen seines dringenden Wunsches, wenigstens die fast allein dastehende Vertretung dieses Standes zu behaupten, wie solche jetzt von Hamburg aus stattfindet, eine verletzende Härte sein würde. Wir sind gewiß weit entfernt, eine nach Ständen oder Berufskreisen gegliederte beziehungsweise zusammengesetzte Volksvertretung zu fordern oder auch nur für wünschenswerth zu halten; aber wenn es sogar für zweckmäßig erkannt worden ist, Vertreter des Arbeiterstandes im Reichstage zu haben, so ist doch gewiß Nichts dagegen einzuwenden, daß der Gewerbestand es für unerträglich hält, jeglicher Vertretung daselbst zu entbehren, und dies zu einer Zeit, wo gewerbepolitische Fragen von der einschneidendsten Wichtigkeit fortwährend auf der Tagesordnung stehen. Andernfalls würde nichts Anderes die Folge sein, als eine Verschärfung der Gegensätze, eine fortschreitende Verbitterung zwischen der Gewerbe- und der liberalen Partei und — ein neuer Wahlsieg der Socialdemokratie.

Die socialdemokratische Verurtheilungsstatistik für Deutschland umfaßt einen Zeitraum von 14 Jahren, vom Auftreten Lassalle's und der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863 bis jetzt. — Wegen politischer Vergehen wurden 2843 Processe anhängig gemacht und zwar in Preußen 2065, in Sachsen 418, die übrigen in Bayern, Württemberg, Baden ꝛc. Es wurden anhängig gemacht wegen Hochverraths 5, Majestätsbeleidigung 193, Bismarckbeleidigung 211, Aufreizung ꝛc. 326, Schmähung und Verhöhnung von Staatseinrichtungen, Gotteslästerung ꝛc. 298, Widerstand gegen die Staatsgewalt 277, Beamten- und sonstige Beleidigungen 619, Uebertretung der Vereinsgesetze resp. Verstoßes gegen dieselben und wegen ähnlicher Verbrechen 909 Processe. Ueber 2300 Processe endeten mit Verurtheilung der Angeklagten. Erkannt wurde im Ganzen auf 173 Jahre 6 Monate 3 Wochen, gleich 70,486 Tage Gefängniß. Die meisten dieser Strafen variiren zwischen 3 Monaten und 1 Jahre. Die letzte größere Strafe betraf Bahlteich in Chemnitz mit 1 Jahr 6 Monaten wegen Majestäts- und Richterbeleidigung. An Geldstrafen wurden über 40,000 ℳ verhängt, welche sich mit den Proceß- und Haftkosten auf mindestens 80,000 ℳ steigerten ꝛc. — Aus dieser Statistik will die socialistische Presse Capital schlagen, indem sie die „Ungeheuerlichkeit" der Verfolgungen gegen die Socialdemokraten in crassester Weise aufbauscht. Aber nicht über die Verfolgungen muß man sich wundern, sondern über die Naivetät der socialistischen Presse, die sich darüber wundert, daß man es wagt, sogar socialistische Agitatoren zu bestrafen, wenn sie gegen die Gesetze verstoßen.

Die bayerische Kammer verhandelte am Freitag über den Etat der Militairverwaltung. Der Kriegsminister hob einzelnen klerikalen Rednern gegenüber hervor, daß der Betrag der Ausgaben für das bayerische Heer zwar ein hoher sei, daß der innere Werth der bayerischen Armee sich aber auch verhältnißmäßig erhöht habe. Die Retablissements- (Aufbesserungs- und Ergänzungs-) Kosten seien niedriger, als in den anderen deutschen Bundesstaaten. Eine neue Creditforderung für den Zweck der Bewaffnung der Infanterie stehe nicht in Aussicht, das bayerische Infanteriegewehr sei nicht nur kriegsbrauchbar, sondern stehe auch auf der Höhe der Zeit und sei allen anderen Gewehren ebenbürtig. Was die in Elsaß-Lothringen stehenden bayerischen Truppen betreffe, so sei deren Abcommandirung s. Z. auf Anregung des deutschen Kaisers und auf Befehl des Königs von Bayern erfolgt. Er habe keine Veranlassung, dem König einen Antrag auf Zurückberufung derselben zu unterbreiten. Bei der Specialdiscussion wurde der Hauptetat für das erste Quartal 1877 nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt, ebenso wurden vom Hauptetat pro 1877/78 die Positionen bis Capitel 11 genehmigt.

Aus **Oesterreich** trafen in Turn-Severin für das russische Heer bedeutende Proviantzufuhren ein. Die rumänischen Bahnen sind mit Transporten vollauf beschäftigt und empfingen bereits zur Aushülfe nahezu 100 russische Locomotiven.

Um der russischen Armee die Proviantzufuhren durch das Timokthal abschneiden zu können, fragte, wie verlautet, die Pforte bei dem österreichischen Cabinet an, wie die österreichisch-ungarische Regierung die Besetzung einiger serbischer Grenzpuncte durch türkische Truppen aufnehmen werde. Graf Andrassy soll erwidert haben, Oesterreich könne weder der türkischen noch der russischen Regierung eine Besetzung serbischen Gebietes gestatten.

Aus **Belgrad** wird telegraphisch berichtet, Osman Pascha hätte Befehl erhalten, sich mit einem Theile seines Corps marschbereit zu halten, um, falls nothwendig, das serbische Grenz-Ufergebiet zu besetzen.

Die „Politische Corresp." meldet aus Cettinje vom 12. Juli: Suleiman Pascha steht noch immer mit 30 Bataillonen in Antiari. Der englische Consul in Skutari ist, wie man sagt, mit einer wichtigen Sendung im Hauptquartier des Fürsten in Orjaluka eingetroffen. Sämmtliche Insurgenten aus der Herzegowina sollen sich am 15. c. in Ostrog versammeln, wo auch Fürst Nikita am 16. mit einem Armeecorps eintreffen soll. Die Montenegriner beabsichtigen die Besetzung einiger türkischer Grenzbezirke.

Ein russisches Streifcorps hat, Nikopolis umgehend, angeblich Lompalanka besetzt. Das russische Hauptquartier wird nach Batak verlegt.

Das „Neue Wiener Tagblatt" will den türkischen Kriegsplan jetzt „heraus" haben. Die Conjecturen, welche es daran anknüpft, sind zum Mindesten so romantisch, daß wir ein paar Stellen aus dem Artikel geben wollen:

Eine Verbindung über die Donau reicht für die Operationsarmee nicht aus, denn, so heißt es in dem Artikel: In den Elementarbüchern der Kriegswissenschaft ist der Beweis dafür geliefert, daß eine Armee von 300,000 Mann, wenn man sie sich auf einer Straße und in einer Colonne vorwärts bewegt denkt, eine Totallänge von nicht weniger als siebzig Meilen, oder dreiundzwanzig Tagmärschen hat. Das mobile Verpflegungsmagazin mit blos zehntägigem Vorrath von Lebensmitteln, dazu noch mit Ausschluß von Getränke und Heu beansprucht für eine solche Armee 100 Fuhrwerke und 24 Meilen Ausdehnung! Reduciren wir diese Ziffern, da die russische Operationsarmee mit 200,000 Mann auftreten soll, um ein ganzes Drittel, so bleiben noch immer außerordentlich hohe Ziffern. Zwischen dem Jantra- und dem Bidflusse hat die russische Armee keinen genügenden Raum zur Ausbreitung, sie ist zu sehr eingeengt, sie müßte nothwendigerweise noch einige Durchbrüche haben.

Und weiterhin heißt es:

Wir sehen, daß für den türkischen Feldherrn jetzt, nach dem vollzogenen Donau-Uebergange bei Sistowa, erst recht die Vertheidigung der Donau zu einer überaus wichtigen Aufgabe geworden ist und diese ist bis heute wenigstens vollständig gelöst worden. Das ist der eine Theil des türkischen Planes. Seine Vervollständigung ist damit gegeben, daß der türkische Feldherr jedem größeren Zusammentreffen sorgfältig auszuweichen sucht, ohne jedoch kleinere Gefechte zu vermeiden, daß er eine Haupt- und Entscheidungsschlacht nicht annimmt. Dagegen aber sollen alle möglichen Mittel in Bewegung gesetzt werden, um die russischen Kriegsbrücken zwischen Zimnitza und Sistowa zu zerstören. Mehr als temporäre Unterbrechungen können allerdings nicht bewerkstelligt werden, allein diese, wenn sie sich wiederholen, bringen die russische Armee in die höchste Gefahr durch den Mangel an Proviant. Zum Zweck einer geregelten Verpflegung müßten täglich mindestens tausend Fuhrwerke die Brücken passiren und ebenso viele müßten, um frische Ladung zu holen, wieder über dieselben zurückkehren. Das ist eine furchtbare Aufgabe, die gar nicht zu bewältigen ist, wenn die Brücken zerstört werden, was bereits wiederholt passirt ist. Und das ist auch die Endabsicht des türkischen Feldherrn, die russische Armee zu zwingen, wieder über die Donau zurückzugehen. Es kann ihm das, ohne eine Schlacht wagen zu müssen, einfach dadurch gelingen, wenn die Verpflegung der russischen Armee in Bulgarien auf das Aeußerste erschwert wird.

Um weitergehenden Sensationsbedürfnissen zu entsprechen, hat eine Wiener Zeitung sich auch telegraphiren lassen, daß der Großfürst-Thronfolger seit einigen Tagen vermißt werde und wahrscheinlich bei einer Recognoscirung in türkische Hände gefallen sei. Das Telegramm hat indessen dem Großfürsten keinen Schaden gethan, er befindet sich ruhig im russischen Hauptquartier.

Wie der „Presse" aus Bukarest gemeldet wird, wurde Fürst Tscherkaskij mit der Bildung einer bulgarischen Nationalmiliz betraut, für welche jeder waffenfähige Bulgare dienstpflichtig sein soll.

Die deutsche Colonie in der Dobrudscha, welche an 2000 Seelen zählt, hat sich, wie der „N. Z." geschrieben wird, gegen die Tscherkessen, welche dort weit und breit Alles verheeren, heldenmüthig gewehrt und nicht weniger denn 20 derselben kampfuntüchtig gemacht. Es besteht diese Colonie größtentheils aus Württembergern und sie vertheilt sich auf fünf zwischen Tuldscha, Medschidsche und Küstendsche gelegene Dörfer, von denen drei katholisch, eines protestantisch und eines menonitisch ist. Das protestantische stand früher unter dem Oberkirchenrathe von Berlin, riß sich aber später los und wählte sich einen Seelsorger. Wie aus den dort herkommenden Berichten hervorgeht, vertheidigten sie sich gegen die Tscherkessen mit Dreschflegeln, Sensen, Sicheln und anderen Gegenständen. Am 27. des vorigen Monats erhielt man in Berlin die erste Nachricht von der Gefahr, in welcher sie sich befanden. Anfangs gedachte die deutsche Botschaft einen der Stationsdampfer hinzuschicken; später sollte ein englisches Schiff dorthin abgehen, während das deutsche sich an die asiatische Küste des Schwarzen Meeres, nach Samsun wenden sollte, wo die Europäer gleichfalls in beständiger Gefahr schweben. Beides ist aber bis jetzt nicht zur Ausführung gekommen.

Ueber die Mißerfolge der Russen in Armenien sagt die Wiener „Presse": Diesen Rückschlag wieder zu neutralisiren, das verlorene Terrain wieder zu erobern und mit verstärkten Kräften wieder aufs Neue in die verlassenen Gebiete und über dieselben hinaus vorzudringen, wird den Russen schwer fallen; wenigstens in diesem Sommer noch. Wir haben jetzt Mitte Juli, die Tage werden kürzer, die sonnige Sommerzeit der Hochlande geht bald zur Neige, lange bevor die Russen sich wieder in Hoch-Armenien eingenistet haben. Loris-Melikoff oder sein etwaiger Nachfolger braucht gering gerechnet 14 Tage, um die geschlagene Armee an der Grenze wieder zu sammeln, zu verstärken und die Vorbereitungen zu einem zweiten Einfalle zu treffen, der mehr Bürgschaften eines dauernden Erfolges bietet als der frühere. Vor der ersten August-Woche können die Russen günstigstenfalls ihre Offensiv-Operationen nicht wieder aufnehmen. Bis sie, wenn auch auf der ganzen Linie siegreich sich vorkämpfend, neuerdings auf den Puncten angelangt sind, welche sie jetzt zu verlassen gezwungen wurden, ist der September angebrochen und mit dem September die rauhe Jahreszeit. Dieser folgen binnen einigen Wochen die fürchterlichen Schneefälle, welche auf jenen unwirthlichen Gebirgshöhen acht Monate lang alles Leben ertödten, jeden Verkehr unmöglich machen und jeder größeren kriegerischen Operation ein kategorisches Halt gebieten. Um sich eine beiläufige Vorstellung eines Herbst- und Winterfeldzuges in Hocharmenien zu machen, möge man nur bedenken, daß die niedrigsten Paß-Uebergänge höher liegen als das Brennerjoch, daß das große Operationsfeld des ausgedehnten Bergplateau an die Krummholzregion unserer Alpen hinanreicht, Kars beiläufig so hoch liegt, wie Heiligenblut und Erzerum namhafter höher als die Fusch. Das armenische Hochland liegt allerdings um einige Breitengrade südlicher als unsere Alpen, ist aber dafür mit seiner spärlichen beitelhaft armen Bevölkerung, seinem Mangel an Wegen und Stegen, seiner beinahe vollständigen Entblößung von allem Holzwuchs noch weit unwirthlicher als unser Hochgebirge. Wer sich kurz vor Anbruch der rauhen Jahreszeit in diese Wüsteneien wagen wollte, den würde das Schicksal der großen Armee auf ihrem Moskauer Zuge ereilen. Selbst ein russisches Heer, das